

FLORIAN STREIBL MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Pressemitteilung vom 22.04.2015



FREIE WÄHLER zum G9 – alle Anmeldungen berücksichtigen

Für ein starkes und gesundes Bayern. Florian Streibl.

Florian Streibl MdL – Kultusminister Spaenle muss überwältigenden Zuspruch für das neunjährige Gymnasium akzeptieren – bei hoher Nachfrage an den Gymnasien Geretsried und Miesbach Wegen finden, allen Interessenten den Weg zum G9 zu eröffnen

Oberammergau / München. Florian Streibl, MdL und Parlamentarischer Geschäftsführer der FREIEN WÄHLER im Bayerischen Landtag, hat gemeinsam mit seiner Landtagsfraktion die Staatsregierung mit einem Dringlichkeitsantrag im Bayerischen Landtag aufgefordert zu gewährleisten, dass alle Schülerinnen und Schüler, die sich für ein neunjähriges Gymnasium entscheiden, auch einen Platz bekommen. An den zum Modellprojekt zugelassenen Mittelstufe Plus-Gymnasien wie zum Beispiel in Geretsried und in Miesbach scheint das Interesse am G9 aktuell derart groß zu sein, dass die eingeplanten Kapazitäten möglicherweise nicht ausreichen. "Es darf deshalb jedoch keinesfalls soweit kommen, dass Eltern und Schüler, die sich bewusst für mehr Zeit zum Lernen und Leben entscheiden, abgewiesen werden", so Florian Streibl, Landtagsabgeordneter der FREIEN WÄHLER.

Alle im Rahmen der "Mittelstufe Plus" eingegangenen Anmeldungen für den neunjährigen Bildungsgang müssten berücksichtigt werden. Dies dürfe auch nicht durch organisatorische oder rechtliche Hemmnisse torpediert werden, mahnt Streibl: "Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle muss den überwältigenden Zuspruch für das neunjährige Gymnasium akzeptieren - auch wenn diese Abstimmung mit den Füßen letztlich eine schallende Ohrfeige für seine monatelange Verhinderungstaktik ist."

Im Interesse aller Eltern und Schüler im Einzugsgebiet der Gymnasien von Geretsried und Miesbach – diese nehmen zum neuen Schuljahr 2015 / 2016 als einzige Gymnasien im Oberland an der Pilotphase für die Mittelstufe plus teil - fordern die FREIEN WÄHLER die Staatsregierung nun zu einer raschen Reaktion auf: Das Verbot der Klassenmehrung müsse aufgehoben und das Budget für Lehrerstunden so erhöht werden, dass ausreichend Klassen und Lehrer vorhanden seien. Streibl: "Es gilt jetzt, den Eltern- und Schülerwillen auch umzusetzen. Deshalb muss unbedingt vermieden werden, dass gleich zu Beginn am G9 interessierte Schülerinnen und Schüler abgewiesen werden. Gleichzeitig muss genau beobachtet werden, wie sich dieses neue gymnasiale Angebot auf das Anmeldeverhalten zum Beispiel an den Realschulen in der Region auswirkt. Was wir nicht erneut brauchen können ist eine Reform, bei der zu wenig bedacht wurde, welche Folgen sie für die Existenz anderer Schularten wie zum Beispiel der Realschule hat."